

STAATSFEIND FASCHIST

Kämpferischer Antifaschismus war viel beschworenes Staatsprinzip der DDR, die sich so als der moralisch bessere deutsche Teilstaat darstellte. Die Aufklärung der Nazi-Verbrechen lag allerdings bei der Stasi – und die machte von ihrem Wissen willkürlichen Gebrauch. / VON STEFAN WOLLE



JURGENS OST + EUROPA PHOTO

Antifaschistische Feier in Ost-Berlin (1988): Aus Besiegten des Krieges wurden Sieger der Geschichte

Auch wenn wir heute der Fußabtreter der Nation sind“, meinte der stellvertretende Leiter des Stasi-Archivs, Oberst Joachim Moschner, „so muss man doch betonen, dass unser Ministerium vielfältige und für jeden souveränen Staat unverzichtbare Aufgaben erfüllt hat.“ Nach dieser Erklärung schwieg er mürrisch und starrte die ihm gegenüberstehenden Mitglieder des Bürgerkomitees hasserfüllt an.

Das nur von einer Schreibtischlampe erleuchtete Arbeitszimmer mit seiner trost-

losen Möblierung schuf gegen unseren Willen die Atmosphäre eines Verhörs.

In der handschriftlichen Protokollnotiz über diese Besprechung am trüben Abend des 20. Januar 1990 steht zwar hinter dem Namen des Stasi-Offiziers in Klammern „auskunftspflichtig“. Doch wer hätte den Oberst daran hindern können, aufzustehen und zu gehen, wohin auch immer er wollte? Wem gehörte nach der Besetzung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 1990 eigentlich seine Loyalität? Einer Partei, die

zunehmend auf Distanz zum eigenen Geheimapparat ging? Einer Regierung, die ohne Rückhalt in der Bevölkerung von Krise zu Krise torkelte? Dem Runden Tisch, dessen einzige Legitimation ein imaginärer und wandelbarer Volkswille war, den es erst noch zu befragen galt?

Der Mann im Lichtkegel der Schreibtischlampe machte nach seiner Grundsatzerklärung eine winzige dramatische Pause. Dann spielte er seinen Trumpf aus: „Beispielsweise lag die gesamte Verfolgung der

Nazi- und Kriegsverbrechen beim MfS. Das Aktenmaterial wurde in der Abteilung IX/11 archiviert. Die DDR kam auf diese Weise internationalen Vereinbarungen nach und arbeitete mit den Strafverfolgungsbehörden anderer Staaten zusammen.“

Das war in der Tat neu und überraschend. Wie ein geschickter Falschspieler hatte der Stasi-Offizier noch einmal die gezinkte Karte der antifaschistischen Legitimation der DDR aus dem Ärmel gezogen. Der Kampf gegen die rechte Gefahr war im Januar 1990 zur letzten Verteidigungslinie des alten Systems geworden.

In den stillen Tagen zwischen Weihnachten und Silvester 1989 fand eine politisch hoch willkommene Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow statt. Mit der Sprühdose hatten unbekannte Täter auf acht Steinsarkophage und auf den Sockel der Krypta orthografisch nicht ganz korrekte Parolen antisowjetischen Inhalts geschrieben. In ungelenken Großbuchstaben war auf eines der Basreliefs geschmiert worden: „SPRENGT DAS LETZTE VÖLKERGEFÄNIS SPRENGT DIE UDSSR.“

Ob die Aktion im direkten Auftrag des MfS geschah oder ob die alte Macht, wie weiland die Nazis nach dem Reichstagsbrand, nur die gute Gelegenheit nutzte, ist bis heute unklar. Schon damals fiel auf, dass sich im weiten Rund des sonst gut bewachten Ehrenhains kein wachsamer Volkspolizist aufhielt.

Eine knappe Woche später, am 3. Januar 1990, versammelten sich zu abendlicher Stunde 250 000 meist junge Männer im Treptower Park und jubelten Gregor Gysi zu.

In Sprechchören forderten sie angesichts der faschistischen Bedrohung einen Ver-

fassungsschutz für die DDR. Die Formationen der Demonstranten wirkten merkwürdig diszipliniert, die Parolen eingeübt. Die im Fernsehen der DDR übertragene nächtliche Szenerie tat ein Übriges.

In den noch immer weitgehend parteihörigen Medien häuften sich Meldungen über Hakenkreuzschmierereien, antisemitische Parolen, rechtsradikale Machenschaften und den Vormarsch der bundesdeutschen Rechtsradikalen in Richtung Osten.

Am 5. Januar 1990 berichtete die DDR-Presse von einem Gerichtsprozess gegen eine Gruppe von Neonazis im Ostseestädtchen Wolgast. Sie hätten dort eine „SS-Geheimorganisation“ mit eigener Sat-

Deutschland kalt den Rücken herunterliefern, durften sich auf diese Weise bestärkt fühlen. Die Forderung nach Einheit der Nation machte anscheinend rechte Ideologie frei.

Am Abend des 30. Januar 1990 ließ sich allerdings rund um das Brandenburger Tor weit und breit kein Neonazi blicken. Die Befehlsstrukturen des MfS funktionierten offenbar nicht mehr.

DER NETTE OBERST SKIBA

Am 23. Januar 1990 tagten in großer Runde Vertreter des Staatsarchivs der DDR, des Amtes für Nationale Sicherheit – wie die Stasi nun hieß – und des Bürgerkomitees. Die willigen Vollstrecker dieses krankhaften Überwachungswahns saßen

uns gegenüber: biedere Büroangestellte, gewissenhafte Fachleute, nette Kollegen.

Am freundlichsten wirkte Dieter Skiba von der Hauptabteilung IX/11, ebenjener Abteilung, die für die Aufklärung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständig gewesen war.

Der gemütlich-behäbige Mann legte Wert darauf, dass er erst seit dem 1. August 1989 Leiter der IX/11 war. Er gab bereitwillig Auskunft und beendete seinen Vortrag laut Protokoll mit der „Bitte um Hilfe für Bürgerkontrolle“.

Am 8. Februar 1990 quetschten sich mehrere Mitarbeiter des Bürgerkomitees in einen winzigen Trabi und fuhren von Lichtenberg nach Hohenschönhausen am nordöstlichen Stadtrand von Berlin. In einem abgesperrten Stadtviertel gleich neben der berühmten Untersuchungsanstalt lag das Nazi-Archiv des MfS.

Die Schlagbäume standen hoch, das Pfortnerhäuschen war leer, doch ansonsten schien die Zeit stehen geblieben zu sein. Fleißige Archivmitarbeiter in graublauen Arbeitskitteln fuhren Aktenstöße auf kleinen Wägelchen hin und her, als wäre nichts geschehen.

Oberst Skiba gab sich freundlich, kooperativ und zivil. Während er sprach, lehnte er sich gemütlich zurück, und unter dem offenen Jackett sah man die Lederschleife seiner Pistolentasche. Ein Warnsignal in dieser fast schon kollegialen Atmosphäre von Konsens und Dialog.

Nach diesem Besuch ging das Aktenmaterial erst an das Zentrale Staatsarchiv der DDR über. Nach dem 3. Oktober 1990 wurde es nach Dahlwitz-Hoppegarten bei



Sowjetisches Speziallager Sachsenhausen (1949): Die Todesrate stieg

zung gebildet, SS-Ränge getragen und sich Jagdwaffen besorgt.

Ein Bild mit dem Grab von Bertolt Brecht ging durch die Zeitungen. Auf dem Grabstein waren die Wörter „Sau Jud“ zu lesen. Ob es echte Nazis oder Stasi-Leute waren, die auf diese Weise ihre lückenhafte Kenntnis der Literaturgeschichte offenbarten, blieb wiederum unklar.

In den Tagen vor dem 30. Januar 1990 berichtete das „Neue Deutschland“, Neonazis würden am Jahrestag der „Machtergreifung“ an der Mauer einen Aufmarsch planen. Am Nachmittag des 30. Januar wimmelte es im Stadtzentrum Ost-Berlins von grün uniformierten Volkspolizisten – eine Erinnerung an versunkene Tage, als die Staatsmacht der DDR durch auffällige Präsenz Aktionen der Opposition niederhalten wollte. Nur waren diesmal die Seiten vertauscht: Die Polizei beschützte die angeblich von rechts bedrohte Demokratie.

All jenen im In- und Ausland, denen es beim Gedanken an das wiedervereinigte



Sturm auf die Berliner Stasi-Zentrale*
Distanz zum Geheimapparat

* Am 15. Januar 1990 in der Normannenstraße.



Geschändetes Brecht-Grab*
Braune Sprüche von der Stasi?

Berlin in die ehemalige Chiffrierstelle des MfS verlegt. Matthias Wagner, von 1991 bis 1995 Referatsleiter in dieser Abteilung des Bundesarchivs, meint dazu:

Es hat sich um eine Art Polizeiarchiv gehandelt, nicht um eine wissenschaftliche Institution. Die Stasi hatte nur ein Interesse: verwertbare operative Hinweise auf lebende Personen. Daher auch keine Personenregistratur. Ansonsten wurde sehr schludrig mit dem historischen Material umgegangen. Wertvolle Akten, wie die Korrespondenzen Adolf Hitlers mit Reichstagsabgeordneten der NSDAP, wurden nicht einmal registriert. Für das MfS waren die Akten Erpressungsmaterial.

Ein Beispiel für das eigentliche Interesse der Stasi ist die Messe-Sonderkartei (MSK): „Jeder Geschäftsmann, der aus dem Westen nach Leipzig reiste, wurde noch während seines Aufenthalts in der DDR überprüft“, erzählt Wagner. „Wurde die Abteilung IX/11 fündig, kam es bei Bedarf zu einem zufälligen Gespräch irgendwo am Rande des Messesgeschehens.“ So entstanden Abhängigkeiten, so gewann die Stasi Informationen, warb im Idealfall Agenten.

Im Jahresbericht 1987 der für Ermittlung zuständigen Hauptabteilung IX wird vermeldet, dass das MfS insgesamt gegen 2196 Personen Ermittlungsverfahren einleitete. In 973 Fällen ging es um gescheiterte Fluchtversuche, in 997 Fällen um „öffentliche Herabwürdigung“, nur in einem einzigen Fall um „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, das heißt um Nazi- und Kriegsverbrechen. Im Jahr 1986 waren es drei Fälle, 1985 ebenfalls ein Fall, 1984 zwei Fälle, und 1983 gab es kein einschlägiges Ermittlungsverfahren wegen Nazi- und Kriegsverbrechen. Interessanterweise gab es 1987 (bei nur einem Ermittlungsfall) 6000 Anfragen „operativer Dienstseinheiten zu



Demonstration gegen Denkmalschändung*: „Sprengt die UdSSR“

Materialien aus der Zeit vor 1945“. Im Klartext heißt das, die Schnüffelei überwog in eklatanter Weise die Strafverfolgung möglicher Nazi-Verbrecher.

Der Archivar Jörg Rudolph, einer der besten Kenner der Bestände, resümiert: „Die IX/11 trug den Antifaschismus vor sich her, um vergessen zu machen, dass sie die Abteilung einer Geheimpolizei war.“

PAUSCHALER VERDACHT

Die Vorgeschichte der erst 1968 gegründeten Stasi-Abteilung reicht bis in die letzten Kriegstage zurück. Am 14. April 1945 – zwei Tage vor dem Beginn der letzten sowjetischen Offensive an der Oder – kritisierte ein „Prawda“-Artikel von Georgij Alexandrow, dem Chef der Propagandaabteilung des ZK der KPdSU, die anti-deutsche Propaganda als politisch falsch.

Ausdrücklich führt er Stalins Befehl vom 23. Februar 1942 an: „Es wäre lächerlich, Hitlers Clique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichsetzen zu wollen. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, dass die Hitlers kommen und gehen; das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bleiben bestehen.“

Die Worte Stalins waren nach dem Sieg überall in der sowjetischen Zone auf Stelltafeln zu lesen und spendeten den Deutschen Trost in schwerer Stunde. Wer zu „Hitlers Clique“ gehörte und wer zum „deutschen Volk“, entschied ganz allein die Besatzungsmacht und später zunehmend die SED.

Aus diesem Prinzip der kollektiven Unschuld der werktätigen Klassen ergab sich in der sowjetischen Zone und später in der DDR das Prinzip eines kollektiven Verdachts gegen das Bürgertum, aber

„Bauern, die in der NSDAP waren, von denen wir wissen, dass sie anständige Kerle sind, sagen wir: Betrachte dich als Kommunist und arbeite auch so.“

SED-Funktionär Hermann Matern am 19. November 1945

* Links: auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin (Mai 1990); rechts: vor dem sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow im Januar 1990.



JANDKE / ACTION PRESS

Neonazi-Demonstration in Ost-Berlin
„Die Hitlers kommen und gehen“

auch gegen das Kleinbürgertum. Der pauschale Faschismusverdacht konnte zudem auf jeden politisch Missliebigen ausgeweitet werden. Jeder Sozialdemokrat, der sich der Zwangsvereinigung mit den Kommunisten widersetzte, konnte der faschistischen Hetze beschuldigt werden und für Jahre in einem der Speziallager verschwinden.

Bis Anfang Mai 1945 existierten im gesamten osteuropäischen Besatzungsgebiet über 40 Lager und Gefängnisse, die meisten in Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Mit Befehl Nr. 315 wurde am 18. April 1945 die Abteilung Speziallager des NKWD der UdSSR in Deutschland gebildet. Ihr Leiter war Generaloberst Iwan Serow, der spätere Geheimdienstchef in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ).

In den Lagern waren insgesamt knapp 190 000 Personen inhaftiert, darunter 35 000 Ausländer, zumeist Sowjetbürger. Hinzu kamen etwa 270 000 Deutsche, die beim Vormarsch der Roten Armee in Osteuropa verhaftet, interniert und ursprünglich in die Sowjetunion deportiert worden waren. Von den über 150 000 in den Speziallagern der SBZ einsitzenden Deutschen waren nur etwas mehr als zehn Prozent tatsächlich verurteilt worden.

Insgesamt sind 43 035 Menschen in der Haft verstorben, vor allem an Unterernährung und Tbc, 786 wurden erschossen. Die Todesrate ging Ende 1946 und Anfang 1947 sprunghaft in die Höhe und erreichte

im Februar 1947 mit 4156 Toten in allen Lagern ihren Höhepunkt.

Sowjetische Unterlagen weisen allein für die drei Monate Januar bis März 1947 9064 Tote aus. Dies war die Folge einer am 1. November 1946 in Kraft getretenen radikalen Absenkung der Verpflegungsnormen: statt 600 Gramm Brot, 100 Gramm Makkaroni und 920 Gramm Kartoffeln oder Gemüse sollte es ab jetzt für nicht arbeitende Häftlinge – und das betraf die Mehrheit – nur noch 300 Gramm Brot, 35 Gramm Makkaroni und 600 Gramm Kartoffeln geben. Das bedeutete auf längere Zeit den Hungertod der Häftlinge.

Im Februar/März 1950 saßen noch knapp 30 000 Personen in den

letzten drei Lagern ein. 15 000 von ihnen sollten entlassen und 3400 bis dahin nicht Verurteilte dem DDR-Innenministerium übergeben werden. Weitere 10 500 Personen, die bereits von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden waren, sollten ebenfalls den deutschen Behörden zur Verbüßung ihrer Strafen ausgeliefert werden.

So wurde im Namen des Antifaschismus eine neue autoritäre Ordnung errichtet, und jeder vermeintliche oder tatsächliche Feind dieser Ordnung war in den Augen der Staatsmacht ein Faschist.

DIE KOMMANDEUSE

In den Tagen nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurde das Schlagwort vom „faschistischen Putsch“ geboren. Die Propaganda gab sich alle Mühe zu belegen, dass an der Spitze der Demonstrationen und Streikkomitees ehemalige Nazis gestanden hätten. In Berichten vom Prozess gegen die „Kommandeuse“ Erna Dorn, angeblich eine ehemalige Aufseherin des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, wurde diese Fiktion dramatisch aufgebauscht.

Erna Dorn, die am 17. Juni in Halle von Demonstranten gewaltsam aus dem Gefängnis befreit worden war, hatte daraufhin angeblich an der Spitze des überregionalen Streikkomitees gestanden und auf der Massenkundgebung auf dem Hallmarkt geredet. Diese Darstellung war frei erfunden. In Wahrheit war Erna Dorn nach ihrer Be-

freiung ziellos durch die Stadt geirrt, hatte sich bei einer Stadtmission Zivilsachen besorgt und geriet bereits am Abend wieder in die Hände der Sicherheitsorgane. Auch der Vorwurf, sie sei im Frauenlager Ravensbrück SS-Kommandeuse gewesen, bleibt rätselhaft; in den Karteien der SS ließ sie sich nach 1990 jedenfalls nicht nachweisen.

Die im Sinne der Anklage unschuldige Frau wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Dichter Stephan Hermlin schrieb darüber eine Erzählung unter dem Titel „Die Kommandeuse“, in der er den Streik in Halle als organisierte Aktion einer faschistischen Geheimorganisation denunziert. Er bestand darauf, dass dieses peinliche Stück Polit-Prosa auch in spätere Auswahlbände und Werkausgaben Aufnahme fand.

Dass die Ereignisse am 17. Juni 1953 ein „faschistischer Putsch“ gewesen wären, blieb bis zum Ende der DDR die verbindliche Auslegung in allen Lehrbüchern und Gesamtdarstellungen. Auch die befremdlich archaische Bezeichnung „antifaschistischer Schutzwall“ für die am 13. August 1961 errichteten Sperranlagen in Berlin sind Ausdruck des Versuchs, die Bundesrepublik als aggressiv, revanchistisch und faschistisch zu brandmarken. Das Wortungstüm geisterte bis 1989 durch die Reden Erich Honeckers.

Der Nationalrat der Nationalen Front der DDR verbreitete 1965 in Ost- und Westdeutschland ein „Braunbuch“ über „Kriegs- und Nazi-Verbrecher in der Bundesrepublik“. Es erwähnt 1800 schwer belastete Nazis und Kriegsverbrecher, die im Westen hohe Posten bekleideten oder Staatspensionen verzehrten. In der DDR hingegen sei ehemaligen NSDAP-Mitgliedern der Zugang zu leitenden Positionen verwehrt geblieben. Der weitaus größte Teil der Kriegs- und Nazi-Verbrecher sei in die westlichen Besatzungszonen geflüchtet.

Tatsächlich lebten 1949 in der DDR etwa 1,5 Millionen frühere Parteigenossen der NSDAP. Nach Angaben des „Braunbuchs“ wurde in der SBZ/DDR bis zur Mitte der sechziger Jahre in 16 572 Fällen Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderer NS-Delikte erhoben. 12 807 dieser Verfahren endeten mit einer Verurteilung. In 5080 Fällen verhängten die Gerichte Freiheitsstrafen über drei Jahre sowie 231 lebenslange Zuchthausstrafen. Insgesamt 118 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt.

Was aber geschah mit den anderen Parteigenossen und Kriegsteilnehmern? Die SED hat durch ihre Art der Vergangenheitsbewältigung dafür Sorge getragen, dass Zahlenangaben über die Wiederverwendung von NSDAP- und Wehrmachtsangehörigen in der Partei seinerzeit nicht

Volksaufstand in Berlin*, angebliche Rädelsführerin Erna Dorn: Vom Dichter denunziert



ULLSTEIN BILDREISE

* Am 17. Juni 1953.

bekannt wurden. Gleichwohl hielt sich die SED-Führung durch parteiinterne Erhebungen über den Stand der Dinge stets exakt auf dem Laufenden.

Als im Februar 1954 ZK-Mitarbeiter den statistischen Abschlussbericht für 1953 fertig stellten, ermittelten sie auch erstmals systematisch die braune Vergangenheit ihrer Mitgliedschaft. Dabei kam heraus, dass 96844 Mitglieder (8,6 Prozent) und 9533 Kandidaten (9,3 Prozent) der NSDAP angehört hatten. Regional lag die Quote innerhalb der SED besonders hoch in den Bezirken Suhl (15,4 Prozent), Erfurt (15,4 Prozent), Magdeburg (12,5 Prozent), Gera (11,3 Prozent) und Halle (10,6 Prozent).

Von westlicher Seite wurden die Angriffe der SED-Propaganda mit einer immer wieder aktualisierten Broschüre des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen (UFJ) beantwortet. Unter dem Titel „Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten“ fand man hier mit Bild, NSDAP-Mitgliedsnummer und Dienstrang in SA oder SS bekannte Persönlichkeiten der DDR wie den populären Berliner Tierparkdirektor Professor Heinrich Dathe oder den sympathischen Fernsehkommentator Karl-Heinz Gerstner.

Im Unterschied zur Bundesrepublik waren ehemalige Nazis in den oberen Rängen der DDR-Macht kaum anzutreffen. Eine Ausnahme bildete etwa das ZK-Mitglied Ernst Großmann, der seit 1940 den SS-Totenkopfverbänden angehört hatte und 1944 SS-Unterscharführer in der Wachmannschaft des Konzentrationslagers Sachsenhausen gewesen war. Der UFJ enthüllte die Vergangenheit, Großmann verschwand von der Bildfläche.

Bekannt ist, dass ehemalige Wehrmachtsoffiziere beim Aufbau der Kasernierten Volkspolizei der DDR und später der Nationalen Volksarmee von Nutzen waren. Diese Offiziere taten ihre Schuldigkeit, sahen sich aber bald beiseite gedrängt und durch Parteikader der SED ersetzt. Interessant ist die Frage, was ehemalige Wehrmachtsoffiziere bewogen hat, dem sozialistischen System zu dienen. Sie fanden dort offenbar viel vom Geiste Preußens wieder: den Geist der Unterordnung, des Gehorsams, der Aufopferung für eine große Sache.

WO STIEFEL KNALLEN

Seit 1962 konnten Einwohner und Besucher Ost-Berlins jeden Mittwoch ab 14.30 Uhr ein grandioses Schauspiel bewundern. Das Wachregiment „Friedrich Engels“ zog von seiner Kaserne am Bahnhof Friedrich-



„Junge Pioniere“ in der DDR, Hitlerjungen, Militärnachwuchs in der DDR*: Bald nach dem

straße zu der Neuen Wache Unter den Linden. Vor dem klassizistischen Bauwerk, in dem ein schwarzer Granitblock und – seit 1969 – eine ewige Flamme unter Plexiglas an die Opfer von „Faschismus und Militarismus“ erinnerten, stand eine Ehrenwache der Nationalen Volksarmee. Einmal wöchentlich sowie an Feiertagen und bei Staatsbesuchen fand hier das militärische Zeremoniell des „Großen Wachaufzugs“ statt.

Stiefel knallten über das Pflaster, zackige Kommandorufe ertönten, die blanken Bajonette blitzten in der Sonne, die Militärkapelle spielte Marschmusik – Preußens Gloria war auferstanden mitten im Herzen der Hauptstadt der sozialistischen DDR.

Bei schönem Wetter fanden sich zahlreiche Zuschauer aus West-Berlin und aller Herren Länder ein. Alliierte Soldaten fuhrten eigens in Bussen zum Ereignis und fotografierten eifrig. Es schien, als hätten sie endlich jenes Deutschland gefunden, das ihren Vorstellungen entsprach.

Manches in der DDR erinnerte an längst vergangene Tage. Alte deutsche Tugenden schienen hier ihren Wert behalten zu haben: Ruhe, Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit und Pflichterfüllung. In der DDR lungerten vor den Bahnhöfen keine Rauschgiftsichtigen und Bettler oder Obdachlose herum, Prostituierte gab es lediglich in den Devisenhôtels, die Kriminalitätsrate lag deutlich niedriger als im Westen.

Jeder Besucher konnte aber auch die ununterbrochene Massenmobilisierung, die Fahnen und Losungen auf den Straßen, die dauernden Kampagnen und Umzüge, die Allgegenwart der Polizei und die Militarisierung der Gesellschaft beobachten. Der Vergleich zwischen NS- und SED-Staat lag einfach zu nahe, als dass man ihn – besonders bei politischen Kommentaren – nicht ständig im Munde geführt hätte.

Schon seit den frühen fünfziger Jahren zeigte der Augenschein frappierende Übereinstimmungen: den Führerkult, die uniformierten Massen der Maiparaden, die nächtlichen Fackelzüge, den bellenden und geifernden Ton der Propaganda. Auch innerhalb der DDR nannten übel Wollende die Genossen hinter ihrem Rücken hämisch „PGs“, bezeichneten die für die Beflagung am 1. Mai und andere Ereignisse verantwortlichen Vorsitzenden der Hausgemeinschaftsleitungen als „Blockwarte“ und beschimpften die Jungpioniere in ihren weißen Blusen und blauen Halstüchern als „Pimpfe“.

Die Totalitarismus-Doktrin – die innere Nähe von Faschismus und Kommunismus behauptet – ist nicht in der dünnen Luft politologischer Seminare entstanden. Sie ist die Alltagserfahrung jener Generation, die beide Systeme erlebt hat.

Die DDR und die Bundesrepublik rechneten sich ihre alten Nazis gegenseitig vor und beschuldigten einander der Nähe zum Nazi-System. Beide grenzten sich auf diese Weise voneinander ab, benötigten diesen Akt geradezu, um sich selbst und ihren Standort in der Geschichte zu definieren.

* 1979 bei der „Wehrspartakiade“ der Gesellschaft für Sport und Technik in Halle.

„Deutsche Patrioten! Beherzt die Lehren des Kampfes gegen die Hitler-Diktatur! Die gerechte Sache unseres Volkes wird siegen.“

DDR-Losung zum 10. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald



AKG (L.); THOMAS BILLHARDT (R.)



Kriegsende schlüpften die Flakhelfer ins Blauhemd der Freien Deutschen Jugend

Das antikommunistische Legitimationsmuster des Adenauerstaates und die antifaschistische Selbstlegitimation der DDR standen komplementär zueinander.

Die Bundesrepublik änderte unter alliierter Regie die politischen Strukturen, errichtete ein demokratisches und pluralistisches Staatswesen, schleppte aber ungleich mehr personelle Altlasten mit. Die DDR dagegen brach wenigstens nach außen hin radikal mit der Nazi-Vergangenheit und führte sie zugleich mit ihren Verhaltensmustern und Denkweisen, mit den Herrschafts- und Propagandamethoden fort.

Die SED hatte nie ein Problem damit, den „Tag der Befreiung“ am 8. Mai 1945 feierlich zu begehen. Die Aufbaugeneration des neuen Staates bestand allerdings aus Hitlerjungen und Flakhelfern, die nicht lange nach Kriegsende ins Blauhemd der FDJ schlüpften. Die Besiegten des Krieges verwandelten sich in Sieger der Geschichte. Sie lernten nun im Schnellkurs den „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“, verfügten damit über die einzig wissenschaftliche Weltanschauung und begannen, auf der Karriereleiter nach oben zu klettern.

TABU BUCHENWALD

Wenn im Westen Adolf Hitler an allem allein schuld war, nahmen im Osten das Finanz- und Monopolkapital, die Junker und die kapitalistische Gesellschaftsordnung diese Funktion ein. Diese Historisierung von individueller Schuld und Verstrickung führte zu einer ebenso massenhaften Exkulpation und Amnesie wie in Westdeutschland.

Als zentrale Weihestätte der antifaschistischen Staatsmythologie der DDR diente

die „Nationale Mahn- und Gedenkstätte“ in Buchenwald bei Weimar. Die frei erfundene „Selbstbefreiung“ des Konzentrationslagers im April 1945 wurde zum Gründungsakt der antifaschistisch-demokratischen Ordnung stilisiert. Die Behauptung, dort hätten kommunistische und sozialdemokratische Häftlinge gemeinsam geschworen, nie wieder eine Spaltung der Arbeiterklasse zuzulassen, geriet zusätzlich zum Gründungsmythos der SED.

Kaum ein historischer Sachverhalt war in der DDR strenger tabuisiert als die Tatsache, dass Buchenwald unter sowjetischer Regie bis zum 2. April 1950 als Internierungslager erhalten musste.

In den fünfziger Jahren entstanden in Buchenwald ein gewaltiger, 54 Meter hoher Glockenturm und ein Ehrenhain, eine „Straße der Nationen“, die berühmte Skulpturengruppe von Fritz Cremer und ein Museum. Die Ausstellung rief sogar den Widerspruch der angereisten Vertreter der internationalen Häftlingsverbände hervor. Der französische Delegierte Joineau warnte vor so viel Einseitigkeit und fragte polemisch: „Was würde man von Dachau sagen, wenn es im antisowjetischen Sinne gestaltet würde?“ Eilig räumte man einige Fotos von amerikanischen Militärbasen und gelynchten Schwarzen weg, um den offenen Eklat zu vermeiden.

Buchenwald erhielt seine herausgehobene Stellung in der sozialistischen Galerie auch als Ort, an dem der Kommunistenführer Ernst Thälmann den Tod durch die Nazis fand. Stalin und die Moskauer Exil-KPD hatten wenig getan, den 1933 verhafteten KPD-Vorsitzenden aus der Haft zu befreien: Als Märtyrer muss er ihnen von größerem Nutzen gewesen sein denn als in Freiheit gekommenes Tauschobjekt.

In der Nacht vom 17. zum 18. August wurde Thälmann offenbar auf Hitlers direkten Befehl im Hof des Krematoriums von Buchenwald hinterrücks erschossen und seine Leiche sofort verbrannt. Die NS-Propaganda verbreitete die Falschmeldung, Thälmann sei bei einem anglo-amerikanischen Bombenangriff ums Leben gekommen.

Thälmanns Tod umwob in der DDR ein staatlicher Mythos, sein Leben fand Stilisierung in Filmen, Lesebuchgeschichten und Gemälden zur Heiligenlegende. Er diente der Pionierorganisation als Namenspatron, das Thälmann-Lied gehörte zum musikalischen Background der fünfziger Jahre der DDR. Nach dem Machtantritt Honeckers im Jahr 1971 wurde der reichlich angestaubte Thälmann-Kult sogar noch einmal krampfhaft zu neuem Leben erweckt.

Dem positiven Mythos stand ein negativer gegenüber – die Geschichte von den Thälmann-Mör-

KP-Führer Thälmann (1927)

Angestaubter Kult um eine Legende



JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

dern, die in der Bundesrepublik Schutz fanden. In der Tat entwickelte sich die Suche nach den Mördern zu einer gesamtdeutschen Tragikomödie von fast 50-jähriger Dauer. Immer wieder verschleppten die Behörden im Westen Verfahren gegen SS-Angehörige. Der Osten quittierte jedes dieser versandeten Verfahren mit Propagandagetöse. Dabei kannten Erich Mielke und seine Hauptabteilung IX/11 seit 1968 den Ort, an dem der Hauptverdächtige lebte, verriet das Wissen aber nicht den westdeutschen Ermittlungsbehörden.

Es handelte sich um den ehemaligen stellvertretenden Lagerführer von Buchenwald, SS-Obersturmführer Erich Gust. Er stand seit 1959 wegen Mordverdachts

schweigen. Am 18. Februar 1992 starb Gust hochbetagt eines friedlichen Todes. Der Fall ist der spektakulärste von vielen Fällen, bei denen die Ermittlungsbehörden des MfS nach Bedarf Vorgänge verschwinden ließen oder aus der Schublade zogen.

IN DER PFÖRTNERLOGE

Vier Jahre nach der Stasi-Auflösung gab ich an einem Januarabend nach einer Veranstaltung an der Humboldt-Universität die Schlüssel beim Pförtner neben dem Haupteingang ab – und da saß tatsächlich Oberst Skiba, freundlich, rundlich, glatzköpfig in der dunkelblauen Uniform einer Wach- und Schließgesellschaft. Er hängte

mensionierte Marx-Büste, die seit 1953 vor dem Senatssaal stand, wurde im Zuge der geistigen Erneuerung weggeräumt. Überlebt hat die Denkmalstürmerie der Nachwendzeit allein die damals mit metallenen Lettern an der Wand über dem Treppensatz im Uni-Foyer angebrachte elfte Feuerbach-These von Karl Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“

Der ehemalige Stasi-Oberst machte sich an einer alten Kaffeemaschine aus DDR-Zeiten zu schaffen. Bei den Treffen zwischen Führungsoffizieren und IM in konspirativen Wohnungen gab es angeblich immer Filterkaffee. Das lockerte

die Atmosphäre auf, und das Umrühren der Kaffeetasse machte winzige Gesprächspausen möglich.

Oberst Skiba plauderte von alten Zeiten, von den unverzichtbaren Aufgaben einer gewissen Dienststelle, die es ja in dieser oder jener Form in jedem souveränen Staat gebe. Das sind die Formeln der Selbstabsolution, mit denen sich die Täter in Ost 1989 und West 1945 herausredeten.

Als im Jahr 1989 wieder eine deutsche Diktatur zusammenbrach, war der Wille groß, diesmal alles ganz anders zu machen. Die schnelle Öffnung der NS-Akten aus dem Geheimarchiv der Stasi sollte zum Modell einer Bewältigung im offenen Dialog werden.

Doch die Auflösung des Nazi-Archivs der Staatssicherheit wurde zum Gang durch das Spiegelkabinett der deutschen Vergangenheit. Es ist offenbar schwierig, die Geschichte jenseits von politischen Interessen und neuen Verstrickungen zu bewältigen. Doch wenigstens haben wir es versucht.

STEFAN WOLLE

war nach der Wende an der Stasi-Auflösung beteiligt. Er ist Historiker und befasst sich vor allem mit Vergangenheit und Alltag der DDR. Wolle, 50, ist Mitarbeiter der „Robert-Havemann-Gesellschaft“, die Bürgerrechtler zur Dokumentation ihrer Geschichte gegründet haben. 1998 erschien sein Buch „Die heile Welt der Diktatur“.



DIETER ANDRÉE



JÜRGENS OST – EUROPA PHOTO

Befreiungs-Gedenntag in Buchenwald (1985): Tabu um das Sowjetlager

auf den Fahndungslisten der BRD und lebte – unter falschem Namen – unbehelligt als Gastwirt in Niedersachsen. Die Stasi erstellte eine ausführliche Dokumentation, um diesen neuerlichen Justizskandal der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Dazu sollte auch das Gästebuch von Gusts Restaurant konspirativ fotokopiert werden. Doch plötzlich senkte sich ein Vorhang des Schweigens über das brisante Ermittlungsverfahren.

Im Jahr 1977 wanderte der Aktenvorgang noch einmal über verschiedene Schreibtische innerhalb des MfS. Man zog auch Veröffentlichungen in BRD-Zeitschriften in Erwägung, ehe der gesamte Vorgang schließlich erneut in der Ablage endete. War eine neuerliche Kampagne gegen die BRD inzwischen inopportun? War Gust oder einer seiner Gäste inzwischen aus anderen Gründen wichtig für die Stasi geworden?

Die Akten der Auslandsspionage sind mittlerweile vernichtet, die Beteiligten

den Schlüsselbund an ein nummeriertes Häkchen im Schrank, als hätte er ein Leben lang nichts anderes getan. Geheimdienstleute sind eben anpassungsfähig. Er zuckte keineswegs zusammen, als wir uns erkannten, wie dies manche seiner ehemaligen Kollegen tun, wenn man sie zufällig in der S-Bahn oder in der Kaufhalle trifft.

Einige Tage später saßen wir abends zusammen in seiner Pförtnerloge. Das mit rotem Marmor ausgelegte Entree der Alma Mater mit der feierlich großen Treppe war in trübes Funzellicht gehüllt. Die Marmorplatten hätten angeblich nach dem Willen Adolf Hitlers die gigantische Reichskanzlei der künftigen Welthauptstadt Germania schmücken sollen. 1952 fand das Material für das neu gestaltete Foyer der Universität und für den U-Bahnhof Thälmannplatz Verwendung.

Der Bahnhof ist inzwischen wieder umbenannt. Auch das Foyer der Humboldt-Uni ist nicht mehr dasselbe. Die überdi-